

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Hans-Ulrich Klose, Bundesratspräsident, zur wachsenden Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik: 19 Millionen Menschen auf der Flucht.

Seite 1/2

Klaus von Dohnanyi MdB würdigt die sozialliberale Außenpolitik: Ein Jahrzehnt des Ausbaus internationaler Beziehungen.

Seite 3-4a

Dokumentation

Zusammenstellung einiger Bemerkungen über die Gleichsetzungskampagne "Sozialismus = Nationalsozialismus".

Seite 5-8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 176

15. September 1980

An der Grenze des guten Willens

19 Millionen Menschen auf der Flucht und zunehmende Fremdenfeindlichkeit bei uns

Von Hans-Ulrich Klose

Präsident des Bundesrates und Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Am 4. September wurden in Hamburg die beiden Vietnamesen Ngoc Chau Nguyen und Anh lan Do beerdigt. Sie wurden bei einem brutalen Anschlag auf ein Hamburger Ausländerwohnheim ermordet. Die mutmaßlichen Täter sind in der Zwischenzeit verhaftet. Einer ist geständig. Alles deutet darauf hin, daß dieser Anschlag von rechtsradikalen Extremisten verübt worden ist. Er ist der verabscheuungswürdige Ausdruck einer Fremdenfeindlichkeit, die seit einiger Zeit in unverantwortlicher Weise verbreitet wird.

Dazu hat gewiß auch - wenngleich ungewollt - die Diskussion über den Mißbrauch des Asylrechts in den vergangenen Wochen und Monaten beigetragen. In Bonn sind Entscheidungen getroffen worden, um diese groben Mißstände abzustellen. Dennoch, meine ich, daß die bisherige Diskussion um die Behandlung von Asylbewerbern, die zwischen den Parteien streitig geführt wird, die wirklichen Probleme eher verdecken als erhellt hat.

Gerade in einer großen Stadt wie Hamburg werden die wirklichen Probleme erkennbar. Ganze Stadtteile verändern sich als Folge der zum Teil unkontrollierten Zuwanderung von Ausländern. Ein Gefühl der Überfremdung entsteht, einer Benachteiligung nicht mehr von Ausländern, sondern von Deutschen, Kindern insbesondere. Einzelne Alltagserfahrungen mit Ausländern werden verallgemeinert und immer häufiger zum Anlaß genommen, gegen Ausländer überhaupt Stimmung zu machen.

Erinnern wir uns: In den Zeiten der Hochkonjunktur waren wir froh, daß Zigtausend von Ausländern in unser Land kamen, um hier zu arbeiten und mitzuhelfen, unseren eigenen Wohlstand zu vermehren. Teilweise leben diese ausländischen Arbeitnehmer bereits seit 20 Jahren hier in Deutschland. Viele bereits in der zweiten Generation.



Andere Ausländer suchen bei uns um politisches Asyl nach. Auch hier wurde die Diskussion in den letzten Monaten von der Kritik an "Wirtschaftsasylanten" und kommerziellen Schlepperorganisationen überdeckt. Natürlich gibt es den Mißbrauch, der abgestellt werden muß. Aber das darf kein Anlaß sein, ein in der Verfassung garantiertes Grundrecht einzuschränken. Nach den Erfahrungen im Dritten Reich haben die Väter des Grundgesetzes dem Asylrecht bewußt Grundrechtsstatus gegeben. "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". (Artikel 16,2). So wie damals Deutsche, die im eigenen Land von den Nazis verfolgt wurden, im Ausland Asylrecht genossen haben.

Heute vermischt sich das Problem: Ausländische Arbeitnehmer und politisch Asylsuchende werden in einen Topf geworfen. Die Zeiten ungestümen Wachstums und leergefegter Arbeitsmärkte sind in der Bundesrepublik vorbei. Andererseits haben sich materielles Elend und politische Verfolgung gerade in Ländern der Dritten Welt verschärft.

Zwei Dritteln der Menschheit werden heute die Menschenrechte vorenthalten. Über 19 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Durch diese Tatsachen stellt sich das Asylantenproblem für uns heute ganz anders dar. Wie sollen wir unter diesen Umständen eigentlich "politisch Verfolgte" definieren? Wer kann zum Beispiel beurteilen, wie die Lage der Christen in der moslemischen Türkei ist? Suchen diese Leute tatsächlich hier nur Arbeit oder sind sie politisch Verfolgte, weil ihnen das Recht auf freie Meinungsäußerung vorenthalten wird?

Wir können Menschen, denen politisch und wirtschaftlich die Menschenrechte vorenthalten werden, nicht verbieten, in hochindustrialisierte Länder zu kommen. Auf der anderen Seite können wir nicht alle aufnehmen, die zu uns kommen wollen. Das überfordert unsere materielle und gesellschaftliche Leistungsfähigkeit.

Was ist hier zu tun? Die Bundesrepublik allein kann das Problem nicht lösen. Alle Länder des Nordens müssen dazu beitragen, das Gefälle zwischen arm und reich zu vermindern. Die Industrienationen müssen ihre Bemühungen verstärken, um die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Wirtschaftsflüchtlinge zu verbessern. Nur dadurch ist der weltweite Flüchtlingsstrom von Menschen aufzuhalten.

Bei kurzfristigen Maßnahmen sollte immer bedacht werden, daß die von der Union geforderten Einschränkungen rechtsstaatlicher Garantien kurz- und mittelfristig das Problem der Asylanten nicht lösen kann. Der Preis, ein Grundrecht einzuschränken, wäre überdies zu hoch. Ich bin auch nicht überzeugt, daß wir schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, die Probleme ohne Einschränkungen eines Grundrechts zu lösen. Oft habe ich den Eindruck, daß wir nur an der Grenze des guten Willens sind. Die Morde an zwei Flüchtlingen aus Vietnam sollten uns veranlassen, diese Grenze weit zu ziehen.

(-/ 15.9.1980/hj/ca)

+

+

+



Sozialliberale Außenpolitik :

Ein Jahrzehnt des Ausbaus internationaler Beziehungen

Von Klaus von Dohnanyi MdB

Staatsminister im Auswärtigen Amt

In den 50er und 60er Jahren waren die diplomatischen Beziehungen zu wichtigen Staaten der Welt unterbrochen worden (zum Beispiel Jugoslawien 1957, Ägypten 1965). Es war nicht gelungen, Beziehungen zu Osteuropa aufzunehmen. Die Bundesrepublik Deutschland blieb von der entscheidenden Mitarbeit in den Vereinten Nationen ausgeschlossen.

Als Willy Brandt im Jahre 1966 Bundesminister des Auswärtigen wurde, befand sich die Bundesrepublik Deutschland in einer heiklen Lage: Die Hallstein-Doktrin hatte schon 1957 zur Abberufung des deutschen Botschafters in Jugoslawien geführt; es bestand die Gefahr, daß die Bundesrepublik Deutschland auch zukünftig diplomatische Beziehungen dort werde unterbrechen müssen, wo - insbesondere in Staaten der Dritten Welt - diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen werden sollten. Der Fall Kambodscha, der die Große Koalition entzweite, bleibt in Erinnerung.

Es gelang Willy Brandt als Außenminister nicht nur, die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien (Februar 1968) wiederherzustellen. Der Bundeskanzler Willy Brandt ermöglichte, was in zwei Jahrzehnten CDU/CSU-Außenpolitik nicht möglich geworden war: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Staaten Osteuropas und den Austausch von Ständigen Vertretern zwischen den beiden Staaten in Deutschland.

Und ein weiterer entscheidender Schritt konnte nun erfolgen: Am 18. September 1973 wurde die Bundesrepublik Deutschland - gleichzeitig mit der DDR - Mitglied der Vereinten Nationen.

In die erste Hälfte der 70er Jahre fiel auch die Wiederaufnahme der in den 60er Jahren abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Staaten, die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Kuba, die seit 1963 unterbrochen waren.

Während also die von der CDU/CSU geführte Außenpolitik in den 60er Jahren durch das Abbrechen diplomatischer Beziehungen mit wichtigen Staaten gekennzeichnet war (zum Beispiel Jugoslawien und Kuba, zwei bedeutsamen Sprechern der Gruppe der Blockfreien), war das Jahrzehnt sozialliberaler Außenpolitik seit 1970 gekennzeichnet durch die kontinuierliche Herstellung diplomatischer Beziehungen mit allen Staaten der Welt.

Heute hat die Bundesrepublik Deutschland Botschafter in 153 Staaten der Welt; 1969 waren es 110. Wir nahmen Beziehungen zu 24 Staaten auf, die erst seit 1970 ihre nationale Selbstständigkeit erlangten, sowie zu fünf schon vor 1969 unabhängigen Ländern. Mit acht weiteren, vor allem arabischen Staaten, konnten die während der CDU/CSU-Führung abgebrochenen Beziehungen wiederhergestellt werden. Vor allem aber konnten wir im Rahmen der Ostpolitik endlich Botschaften in dem meisten kommunistischen Staaten einrichten, darunter unseren osteuropäischen Nachbarn Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien und Ungarn, zu denen bis dahin keine diplomatischen Beziehungen bestanden hatten. Auf eine CDU-Periode des Abbruchs und der Blockierung diplomatischer Beziehungen folgte ein sozialliberales Jahrzehnt des Ausbaus der internationalen Beziehungen und der Stärkung unserer Rolle in der Gesellschaft der Nationen.

Man stelle sich vor, die Bundesrepublik Deutschland hätte keinen Botschafter in Warschau, keinen Botschafter in Kairo und sie wäre nicht Mitglied der Vereinten Nationen. Dieser Hinweis allein zeigt, wie bedeutsam es war, daß die sozialliberale Koalition 1969 eine neue Außenpolitik einleiten konnte. Und dieser Hinweis zeigt auch, wie wichtig es ist, daß diese Politik fortgeführt werden kann.



Übersicht

der seit Oktober 1969 unabhängig gewordenen Staaten, mit denen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufgenommen hat

1	<u>1972</u>	Bangladesch	4.2.1972	13	<u>1976</u>	Mosambik	3.2.1976
2		Bahrain	17.5.1972	14		Tonga	1.5.1976
3		Vereinigte Arabische Emirate	17.5.1972	15		Papua-Neugineua	16.9.1976
4	<u>1973</u>	Bahamas	10.7.1973	16	<u>1977</u>	Seyschellen	18.1.1977
5		Katar	10.7.1973	17	<u>1978</u>	Dschibuti	23.1.1978
6	<u>1974</u>	Grenada	7.2.1974	18		Komoren	2.2.1978
7	<u>1975</u>	Sao Tomé und Principe	12.7.1975	19		Salomonen	9.9.1978
8		Kap Verde	15.7.1975	20	<u>1979</u>	Angola	16.8.1979
9		Fidschi	1.8.1975	21	<u>1980</u>	St. Lucia	8.1.1980
10		Guinea-Bissau	9.8.1975	22		Simbabwe	18.4.1980
11		Vietnam	23.9.1975	23		Dominica	3.6.1980
12		Suriname	25.11.1975	24		St. Vincent	1.7.1980

Übersicht

der Staaten, die im Oktober 1969 bereits unabhängig waren und mit denen seit diesem Zeitpunkt die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufgenommen hat

1	<u>1971</u>	Algerien	21.12.1971	Wiederaufnahme nach Abbruch durch Algerien am 14.5.65
2		Sudan	23.12.1971	Wiederaufnahme nach Abbruch durch den Sudan am 16.5.65
3	<u>1972</u>	Libanon	30. 3.1972	Wiederaufnahme nach Abbruch durch den Libanon am 13.5.65
4		Oman	16.5.1972	
5		Samoa	18.5.1972	
6		Ägypten	8.6.1972	Wiederaufnahme nach Abbruch durch Ägypten am 13.5.65
7		Guyana	9.8.1972	
8		Polen	14.9.1972	
9		China	11.10.1972	
10	<u>1973</u>	Finnland	7.1.1973	
11		Kuwait	3.2.1973	
12		Saudi-Arab.	18.9.1973	Wiederaufnahme nach Abbruch durch Saudi-Arabien am 13.5. 65



13	Tschechoslowakei	11.12.1973	
14	Bulgarien	21.12.1973	
15	Ungarn	21.12.1973	
16	<u>1974</u> Mongolei	31. 1.1974	
17	Irak	28. 2.1974	Wiederaufnahme nach Abbruch durch den Irak am 12.5.1965
18	Jemen (Volksrepublik)	16. 9.1974	Normalisierung der Beziehungen nach Rückberufung des gesamten Botschaftspersonals am 27.10.1969
19	Tschad	28.11.1974	Wiederaufnahme nach Abbruch durch den Tschad am 12.6.1974
20	Syrien	23.12.1974	Wiederaufnahme nach Abbruch durch Syrien am 13.5.1965
21	<u>1975</u> Kuba	18. 1.1975	Wiederaufnahme nach Abbruch durch die Bundesrepublik am 14.1.1963
22	Guinea	9. 5.1975	Wiederaufnahme nach Abbruch durch Guinea am 30.1.1971

Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu Internationalen Organisation seit 1969

1	29.11.1972	Gründungsmitglied des African Development Fund ADF
2	18. 9.1973	Aufnahme in die Vereinten Nationen
3	9. 7.1976	Mitglied der Interamerikanischen Entwicklungsbank IDB

(-/15.9.1980/vo-he/ca)

+

+

+



DOKUMENTATION

Die Schiedsstelle der Parteien befaßt sich in diesen Tagen mit dem Versuch von Oppositionspolitikern, den demokratischen Sozialismus mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen. Die folgende Zusammenstellung befaßt sich mit diesem Phänomen.

Die Fortsetzung der Kampagne

CDU-Generalsekretär Heinrich Geißler gab sich am Dienstag vergangener Woche scheinheilig. Anlässlich der inzwischen durch richterlichen Beschluß reduzierten Ausstellung "Politische Graphik gegen die Menschenwürde" (des Franz J. Strauß) beteuerte Geißler in einer Presseerklärung: "Das ganze Ausmaß der Anti-Strauß-Kampagne wird deutlich, wenn man sich einmal vorstellt, ein Mitglied oder eine Wählerinitiative der CDU oder CSU vergliche Helmut Schmidt mit Stalin oder Hitler. Dies ist undenkbar: Eine solche Kampagne gibt es nicht und wird es nicht geben."

Am 3. September lieferte der CDU-Generalsekretär der SPD den Anlaß, die Schiedsstelle anzurufen. In Vegesack bei Bremen erklärte er laut Weser-Kurier vom 4. September, die SPD betreibe eine Literatur- und Politikampagne, die in Stil und Form an das erinnere, "was die Nazis mit jüdischen Bürgern gemacht haben".

Und Strauß pflichtete Geißler am 13. September laut ddp in München unter anderem mit folgender Behauptung bei: Der SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr sei ein "Hintergrunddrahtzieher", dessen Propaganda sich nicht mehr von der Netze eines Julius Streicher gegen die Juden unterscheide.

Das unions-typische Spiel "Die Dirne, die als Jungfrau angesehen werden will" hat Methode. Nach einem Bericht der 'Welt' vom 11. Juli 1980 hat das Oberlandesgericht Nürnberg festgestellt, daß Strauß nicht mit Hitler verglichen werden darf; auf einem KPD/ML-Flugblatt war Strauß als der Hitler von heute bezeichnet worden. In dem Urteil ist festgehalten: "Wer einen demokratischen Politiker mit einem Mann wie Hitler vergleicht, diffamiert schon dadurch in hohem Maß."

Diese Binsenwahrheit scheint für alle Welt zu gelten - nur nicht für den Kandidaten. Der erklärte nämlich laut Münchner Merkur vom 23. Juni auf dem CSU-Parteitag: "Ich bin kein Führer, kein Duce. Das überlasse ich dem Gegenkandidaten Helmut Schmidt."

Strauß geht noch weiter und versieht Hitler und Schmidt mit den gleichen politischen Anschauungsweisen:

"... Der Zweite Weltkrieg ist ausgelöst worden (...) nicht zuletzt davon, daß Hitler (...) in seiner Horizontverengung alles in kontinentaler Enge, in kontinentaler Kleinkariertheit gesehen hat (...)."

(Franz Josef Strauß im Gespräch mit Golo Mann am 28. Februar 1980 im ARD-Fernsehen).

In seiner Euskirchener Wahlrede sagte Strauß am 4. April 1980 über Bundeskanzler Helmut Schmidt, sein "kleinkariertes kontinentales Denken sollte Anlaß sein, daß der Wähler ihm den Führerschein 1980 entzieht". (nach Reuter)

Der Strauß-Generalsekretär Edmund Stoiber behauptete am 15. August im ARD-Fernsehen: "Die SPD macht ... Wahlplakate, wo sie drauf schreibt: 'Wählen gehen' und dann in der Runenschrift des Dritten Reiches 'statt Strauß' ... genau in der Schrift, wie 'Der Stürmer' und wie 'Der Völkische Beobachter' geschrieben hatte..." (Tatsache ist: Im NRW-Wahlkampf wurden Aufkleber dieses Textes verwendet, die in Fraktur gesetzt waren - der gleichen Schrift, wie der Titel des CSU-Wahlkampfmagazins 'Löwe und Raute'.)



Kräftiger als bisher verstieg sich Strauß am Wochenende in der Dortmunder Westfalenhalle: "Schmidts kommen und gehen - das deutsche Volk wird bleiben." Damit griff Unionskandidat Strauß unbeherrscht und unkontrolliert sogar ein Stalin-Wort auf. Der rote Diktator hatte am 23. Februar 1942 in seiner Eigenschaft als Volkskommissar für Verteidigung in seinem Befehl Nr. 55 festgestellt: "Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt."

Aus den Zitaten ergibt sich: Die Gleichsetzung von Nationalsozialisten und Sozialisten durch Strauß im Herbst 1979, die ja auf nichts anderes als auf eine Diffamierung der heutigen SPD hinauslief, wird fortgesetzt, ohne daß die entsprechenden Begriffe ausdrücklich benutzt werden. An die Stelle der offenen Polemik tritt die Suggestion.

Hinter all diesen Gleichsetzungen von Sozialisten und Nationalsozialisten stecken System und Tradition. Es bleibt also notwendig, einige Aspekte der Gleichsetzungs-Kampagne zu beleuchten, weil sie für die Strategie von CSU und auch CDU höchst charakteristisch sind. Einerlei nämlich, ob der Slogan der Union "Freiheit oder/statt Kollektivismus" beziehungsweise "Freiheit oder Kollektivismus" lautet, die Absicht ist, die Regierung der sozialliberalen Koalition als freiheitsgefährdend zu brandmarken. Das letzte und eigentliche Ziel sind also nicht die als "Linke" zu verstehenden Kräfte in der SPD, sondern es ist der Bundeskanzler; "Sozialisten" im Sinne von Strauß sind alle, die ihm den Weg ins Bundeskanzleramt versperren.

Es trifft auch nicht zu, daß - wie DER SPIEGEL in seiner Titelgeschichte "Nationalsozialismus = Sozialismus?" (Nr. 44 vom 29. Oktober 1979) - andeutete, der Slogan "Freiheit oder Kollektivismus" und die Gleichsetzung von Sozialisten und Nationalsozialisten nur das Ergebnis von Straußens Lektüre der "Anmerkungen zu Hitler" von Sebastian Haffner wäre. Beides ist vielmehr das notwendige Ergebnis langfristiger Unionsstrategie, die von Strauß keineswegs allein, sondern nur am radikalsten und konsequentesten vertreten wird.

Schon vor den Bundestagswahlen von 1972 suchte Strauß den Eindruck zu erwecken, dies seien die letzten freien Wahlen; er behauptete, deutschen Unternehmern würden "Judensterne" angeheftet (ein Vorwurf, der in Form einer Warnung auch von dem Hamburger CDU-Abgeordneten Carl Damm gegenüber dem damaligen Bundesminister Helmut Schmidt erhoben wurde; auch Rainer Barzel bediente sich des Vergleichs mit den Judensternen, um in der SPD lautgewordene Unternehmerkritik anzuprangern). Eine weitere bezeichnende Strauß-Äußerung im Wahlkampf '72 lautete:

"Der rote Faschismus hat die Diffamierungskunst der Braunen noch übertroffen."
(dpa, 12. November 1979)

Solchen Gleichsetzungen fügte der notorische Alt-Nazi und Denunziant Kurt Ziesel im "Deutschland-Magazin" (Nr. 6/72-73) unter der Überschrift "Die Stunde von Franz Josef Strauß" den Vergleich des Wahlkampfes der "Sozialisten und Liberalen" mit Goebbelsschen Wahlkämpfen ("oft als identisch empfunden") und die Gleichsetzung der von Brandt geforderten "besseren Lebensqualität" mit "Kraft durch Freude" hinzu. Und lange, bevor "Freiheit oder Sozialismus" zum offiziellen Slogan wurde, schrieb Ziesel:

"Die Alternative: Freiheit oder sozialistische Diktatur" ("Deutschland-Magazin" Nr. 2/73).

Strauß selbst schrieb in Nr. 5/74 des "Deutschland-Magazins":

"Freiheit und Sozialismus schließen einander aus (...). Das Kollektiv kann nur an die Macht gelangen, wenn es die demokratische Freiheit zuerst mißbraucht und dann abschafft."

(Ziesel und das "Deutschland-Magazin" wären als solche nicht der Rede wert. Aber Strauß und andere prominente Unionspolitiker haben das Blatt immer wieder benutzt, um ihre Diffamierungskampagnen zu lancieren, zum Beispiel auch bei der "Verfassungsdebatte" zum 25-jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.)



Die "veröffentlichte" Meinung hat nicht die Erkenntnis vermittelt, daß es Strauß und nicht Stolber war, von dem auch die aktuelle Gleichsetzung stammt. Der Erklärung Stolbers gegenüber der "Frankfurter Rundschau" (28. September 1979) ging ja die von Strauß im französischen Nachrichtenmagazin "L'Espresso" (Erscheinungsdatum: 29. September 1979) abgegebene Erklärung voraus, "daß beide, der Marxismus und der National-Sozialismus, zwei Erscheinungsformen des Kollektivismus sind". Ferner enthält Straußens Parteitagsrede vom 29. September 1979 weite, von den Medien größtenteils nicht berichtete oder kommentierte Passagen, worin Strauß dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt unterstellt, er beabsichtige die "Ausmerzungen aller nichtsozialistischen Kräfte des ihm verhaßten Bürgertums", besonders die Ausmerzungen der "Konservativen und echten Liberalen, die sich nicht als Transmissionsriemen für Machterwerb und Machterhalt des Sozialismus verwenden lassen".

Dem Satz: "Wir werden auch nicht schweigen in dieser Auseinandersetzung, denn schließlich war der Nationalsozialismus auch eine Variante des Sozialismus", gingen in Straußens Rede folgende Sätze über Willy Brandt unmittelbar voraus:

"(...) er ist doch nie aus seiner sozialistischen Haut geschlüpft, hat sich bestensfalls in ein bürgerlich-honoriges Gewand gehüllt. Und als überzeugter Sozialist ist sein Denken selbstverständlich auch von jenem Absolutheits- und Ausschließlichkeitsanspruch geprägt, mit dem der Sozialismus seine politischen Ziele verfolgt. Kein dialektischer Taschenspielertrick, keine ideologische Geschichtsklitterung, keine marxistisch-gesellschaftliche Metaphysik können jedoch die geschichtliche Tatsache aus der Welt schaffen, daß zumindest der marxistische Sozialismus damit auch wesentlich in einer geistigen und politischen Tradition steht, in der säkularisierte Theologen das tausendjährige Reich des absoluten Glückes und der vollendeten Gerechtigkeit, das Reich Gottes auf Erden errichten wollen. Solche endzeitlichen Ziele setzen natürlich auch immer Endlösungen (sic!) voraus, um alle die mundtot zu machen, die an das irdische Paradies nicht glauben wollen, die den totalen Glückszustand, wie er vorgegaukelt wird, stören könnten, die Ketzer, die Ungläubigen, die, wie Robespierre sagte, mit der falschen Moral, die mit dem falsch oder mangelhaft entwickelten Bewußtsein, die Angehörigen der falschen Klasse oder einer minderwertigen Rasse. Das sind doch die Denkkategorien des Kollektivs!"

Wenige Sätze später brachte Strauß auch Helmut Schmidt auf suggestive Weise mit dem Totalitarismus in Verbindung:

"Der intellektuelle Bankrott der Sozialisten in Frankreich, ausgelöst durch den geistigen und moralischen Aufschrei der jungen und neuen französischen Philosophen, ist bezeichnend angesichts der erschreckenden Erkenntnis, daß es nicht nur Buchenwald und Auschwitz, sondern auch den Archipel Gulag gab und gibt, und für dieses geistige und moralische Dilemma dieses linken Denkens, das sich hier in aller Deutlichkeit enthüllt. Nun werden viele Sozialdemokraten sagen, subjektiv sicherlich zurecht überzeugt: Das ist aber nicht unsere Vorstellung vom demokratischen Sozialismus. Auch Helmut Schmidt wird das sagen, denn er kann ja nach Bedarf und Umgebung seine politische Hautfarbe wie ein Chamäleon, von rot über rosa bis zum hanseatisch-honorigen Blau wechseln und deshalb ist er gefährlicher als die offen auftretenden Systemveränderer, weil er täuscht, wo die Wahrheit unbequem ist, weil er beschwichtigt, wo die Wachsamkeit des Bürgers erste Pflicht sein sollte, weil er verbirgt, wo Offenlegung notwendig wäre."

Aus einem Bericht des Bonner "General-Anzeiger" vom 8. November 1979 ist erneut zu folgern, daß Strauß auch den Bundeskanzler in seine totale Konfrontation einbezieht (etwa im Gegensatz zu Biedenkopf, der in seinem zu Beginn des Jahres veröffentlichten Memorandum den Bundeskanzler von der SPD getrennt wissen wollte!); wie "Die Welt" am 8. November 1979 schrieb, sagte Strauß vor 400 CDU-Mitgliedern am 7. November 1979:



"Man soll nicht so viele Unterschiede suchen zwischen dem Kanzler und der linken SPD. Schmidt ist einer von ihnen."

Schon aus einem Strauß-Interview mit "Sonntag Aktuell" (18. Oktober 1979) ging hervor, daß Strauß nicht gewillt war, das Ziel der Gleichsetzungs-Kampagne nicht weiter zu verfolgen. Er erinnerte an die Äußerung von Alex Möller, die Verursacher von zwei Weltkriegen und Inflationen stünden der Union näher als der SPD, und sagte unter anderem:

"Ich hatte gehofft, daß sich die Sozialdemokratie vom marxistischen Sozialismus abgewandt und zum Konsensus der sozialen Demokratie hingewandt hat. Jetzt sehen wir plötzlich, daß sich die Sozialdemokraten schlechterdings mit den Sozialisten identifizieren und sich durch diesen Vorwurf dann getroffen fühlen. Das wäre vor zehn Jahren so nicht passiert (...). Für uns ist es sehr bezeichnend, daß man einen Unterschied macht zwischen linken Diktaturen und rechten Diktaturen. Für uns geht es darum, zu unterscheiden, liberale, demokratische, humane Regierungssysteme auf der einen Seite und antilibérale, antidemokratische, kollektivistische Regierungssysteme auf der anderen Seite (...). Und deshalb wünsche ich den klaren Trennungsstrich zwischen sozialen Demokraten und sozialistischen Marxisten."

Es liegt sehr nahe, in den zum Teil absurden, zum Teil ungeheuerlichen, das Sont-hofen-Programm sowohl erfüllenden wie übertreffenden Äußerungen, die Strauß seit seiner Nominierung zum Kanzler-Kandidaten von sich gibt, das Zeichen einer fortschreitenden, sich in der unionsfreundlichen Presse als Verlegenheit und Ratlosigkeit widerspiegelnden geistigen Verwirrung zu sehen. Sie sind indessen nur die Spitze eines Eisbergs, sind zugleich schärfster Ausdruck einer weit verbreiteten "Tendenzwende", zu deren Merkmalen gleichermaßen die Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Denun-zierung der sozialliberalen Koalition gehören. (-/15.9.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

